



# HESSISCHER LANDTAG

12. 11. 2024

Plenum

## Antrag

### Fraktion der Freien Demokraten

#### Eine Wirtschaftswende für unser Land.

Der Landtag wolle beschließen:

#### I. Der Landtag stellt fest:

1. Deutschland und Hessen befinden sich in einer tiefgreifenden Schwächephase. Die deutsche Wirtschaft ist vom ehemaligen Wachstumsmotor zum Schlusslicht geworden. Das für 2024 prognostizierte Wachstum von nur 0,1 Prozent steht in deutlichem Kontrast zu den deutlich höheren Wachstumsraten anderer Industrieländer. Die strukturelle Schwäche zeigt sich erstens in einem dramatisch gesunkenen Produktivitätswachstum, zweitens einem niedrigen Arbeitsvolumen und drittens einer zunehmenden Fragmentierung der Weltwirtschaft.
2. Deutschland hat im Vergleich zu anderen Industrienationen gravierende Wettbewerbsnachteile: Die Unternehmensbesteuerung liegt mit 29,9 Prozent weit über den Sätzen wichtiger Wettbewerber. Die Energiekosten sind die höchsten in Europa, die Bürokratiebelastung hemmt, die Unternehmensinvestitionen sinken seit 2018 kontinuierlich, während sie anderswo steigen. Davon ist die exportorientierte Wirtschaft Hessens besonders betroffen.
3. Die Landesfinanzen entwickeln sich trotz der viele Jahre sprudelnden Steuereinnahmen negativ. Der Schuldenstand Hessens ist laut Landesschuldenbericht zwischen 2013 und 2023 um 20 Prozent angewachsen. Parallel dazu expandierte der Personalbestand: Die Zahl der Landesbeschäftigten stieg um fast 20.000 Stellen. In der Folge wuchs der Personalaufwand von 10,1 Milliarden Euro (2014) auf aktuell 26,6 Milliarden Euro (2023). Die neue Landesregierung hat den Trend durch die Schaffung von zwei neuen Ministerien mit zusätzlichen Aufwendungen für Staatssekretäre und Ministerialverwaltung verschärft, obwohl dem Land laut der aktuellen Steuerschätzung in den Jahren 2024/25 Steuerminder-einnahmen von 900 Millionen Euro drohen.
4. Viele hessische Unternehmen leiden. Der Luftverkehrsstandort Frankfurt als wirtschaftliches Zentrum der Region verliert im internationalen Wettbewerb zunehmend an Boden. Während andere europäische Drehkreuze das Vor-Corona-Niveau bereits um 9 Prozent übertreffen, liegt Frankfurt noch immer 13,8 Prozent darunter. Ausschlaggebend sind dafür massiv überhöhte staatliche Standortkosten. Diese Wettbewerbsverzerrung gefährdet den Flughafen als wichtigsten Standortfaktor für die gesamte Region.

#### II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Wachstumsfesseln lösen: Eine konsequente Politik der Entbürokratisierung einzuleiten. Die Landesregierung wird aufgefordert, sämtliche Gesetze, Vorschriften und Maßnahmen zu überprüfen, die die hessische Wirtschaft mit bürokratischen Pflichten belasten. Der Fokus muss dabei auf der Vermeidung weiterer Belastungen in den Bereichen Vergabe- und Tariftreue sowie Entgelttransparenz liegen. Besonders kritisch sind zudem die Nachweis- und Berichtspflichten des europäischen „Green Deal“ zu prüfen. Dies betrifft insbesondere die EU-Taxonomie, die EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung, die EU-Lieferkettenrichtlinie sowie den Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für eine deutliche Reduzierung dieser Berichtspflichten einzusetzen. Der Hessische Landtag fordert eine hessische Initiative gegen die Übererfüllung europäischer Richtlinien (Goldplating).

2. Staatsquote reduzieren: Eine grundlegende Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung und Verwaltungsorganisation vorzunehmen. Im Zentrum steht dabei der Verzicht auf die Einrichtung eines planwirtschaftlichen Hessenfonds. Es gilt: „Privat vor Staat“, das heißt, bessere Standortbedingungen statt subventionsgesteuerter Wirtschaftsförderung.
3. Die Verwaltungsorganisation zu verschlanken: Mehr Beamte im Maschinenraum, weniger Personal auf der Kommandobrücke. Angesichts des erheblichen Stellenaufwuchses der vergangenen Jahre wird die Landesregierung aufgefordert, eine strikte Stellenbremse für die Landesverwaltung einzuführen. Neue Stellen dürfen ausschließlich in den operativen Kernbereichen der staatlichen Verwaltung — insbesondere bei Polizei, Justiz und Bildung — geschaffen werden. Für alle anderen Bereiche ist binnen sechs Monaten eine Potentialanalyse vorzulegen, die konkrete Einsparmöglichkeiten identifiziert. Durch konsequente Digitalisierung, Prozessoptimierung und den Abbau von Doppelstrukturen muss die Verwaltung effizienter werden.
4. Investitionen in die Substanz stärken: Eine umfassende Infrastrukturoffensive für den Wirtschaftsstandort Hessen zu starten. Kernstück muss ein verbindliches Programm zum beschleunigten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sein. Die Planungsverfahren für Bundes- und Landesstraßen sind durch konsequente Standardisierung und Digitalisierung zu beschleunigen. Der Ausbau der Autobahnen im Rhein-Main-Gebiet ist prioritär voranzutreiben und das erfolgreiche KIM II-Modell für Ortsumgehungen deutlich auszuweiten. Parallel dazu muss der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur mit Glasfaser und 5G forciert werden. Für Infrastrukturprojekte von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung ist ein „Fast-Track“-Verfahren.
5. Luftverkehrsstandort unterstützen: Die Landesregierung wird aufgefordert, sich mit Nachdruck für eine Absenkung der Luftsicherheitsgebühren auf das Niveau wichtiger europäischer Wettbewerber einzusetzen. Weitere Betriebsbeschränkungen sind zu vermeiden. Auf Bundesebene ist eine Initiative zur deutlichen Absenkung der Luftverkehrsteuer zu starten. Die ab 2026 vorgesehene nationale Quote für strombasierte Kraftstoffe (E-Kerosin/PtL) ist abzuschaffen, eine nationale Kerosinsteuer strikt abzulehnen. Die EU-Vorgaben für nachhaltige Flugkraftstoffe müssen wettbewerbsneutral ausgestaltet werden.
6. Hessen für eine starke Wirtschaft in Deutschland: Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags und erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen einzusetzen.
7. Energieversorgung sicher und bezahlbar: Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Abschaffung der Subventionen für erneuerbare Energien und des EEG sowie die Anpassung an die europäischen Klimaziele einzusetzen.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 12. November 2024

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Dr. Stefan Naas**